

Sperrfrist: Mittwoch, 17.12.2014, 11.00 Uhr

17. Dezember 2014 | 7.382 Zeichen

Deutsche Wirtschaft wieder zurück auf Aufwärtstkurs

DIW Berlin: Deutsche Wirtschaft wächst wieder kräftiger – Privater Konsum kurbelt Konjunktur an – Weltwirtschaft erholt sich allmählich – Konjunkturelle Risiken weiter hoch

Die deutsche Wirtschaft nimmt nach dem schwachen Sommerhalbjahr wieder etwas Fahrt auf. Im laufenden Jahr dürfte die Wirtschaftsleistung den Konjunkturforschern des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) zufolge real um insgesamt 1,5 Prozent zunehmen. Auch für die kommenden beiden Jahre sind Zuwächse in dieser Größenordnung zu erwarten: 2015 ein Plus von 1,4 Prozent und 2016 eines von 1,7 Prozent. Dabei wird die Konjunktur vom insgesamt robusten Export, aber auch von der Binnennachfrage getragen, so die Experten in ihren aktuellen Wintergrundlinien. Weil die Beschäftigung im Zuge der konjunkturellen Entwicklung weiter zunimmt, die Löhne merklich steigen und sich der Einbruch des Ölpreises, vor allem im kommenden Jahr, in weiter sinkenden Inflationsraten niederschlägt, steigt die Kaufkraft und die privaten Haushalte weiten ihren Konsum aus. Da dies die Binnennachfrage ankurbelt und gleichzeitig die Exporte steigen dürften, wird wohl auch mehr und mehr investiert werden. Weil auch die Importe deutlich zunehmen, trägt der Außenhandel per Saldo allerdings nur wenig zum Wachstum bei. Die öffentlichen Haushalte entwickeln sich in diesem Umfeld insgesamt günstig und dürften dieses wie auch die kommenden beiden Jahren mit Überschüssen abschließen. Trotz dieser insgesamt günstigen Aussichten bleiben die Risiken für die weltwirtschaftliche Entwicklung und damit auch für die deutsche Konjunktur nach Einschätzung der Experten weiter hoch: Die jüngste Verschärfung der Krise in Russland ist mit erheblichen Risiken insbesondere für die Stabilität der Finanzmärkte verbunden; gerade im Euroraum sind die Märkte immer noch fragil. Auch eine frühere oder stärker als erwartete Erhöhung der Leitzinsen in den Vereinigten Staaten könnte, ebenso wie die fortgesetzten politischen Unstimmigkeiten über die Fortsetzung des Reformkurses in der Währungsunion, zu wieder steigender Nervosität an den Finanzmärkten führen, die insbesondere die Investitionsnachfrage und damit die deutschen Exporte beeinträchtigen könnte. Auch ein unerwartet kräftiger Anstieg der zurzeit sehr niedrigen Ölpreise könnte das Wachstum empfindlich beeinträchtigen.

Weltwirtschaft zieht etwas an

Nach einem schwachen ersten Halbjahr 2014 hat sich das Expansionstempo der Weltwirtschaft zuletzt leicht beschleunigt. Das Wachstum dürfte auch im Prognosezeitraum recht robust sein. Vor allem in den Industrieländern wird sich die verbesserte Arbeitsmarktlage wohl allmählich in steigenden Löhnen niederschlagen und in Verbindung mit geringen Inflationsraten den privaten Verbrauch stärken. Die Lokomotive der Weltwirtschaft sind die Vereinigten Staaten, deren Wirtschaftsleistung merklich wachsen wird, um voraussichtlich 2,3 Prozent in diesem Jahr und um jeweils etwa drei Prozent in den

DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
Postanschrift:
DIW Berlin, 10108 Berlin
T +49 30 89789-0
F +49 30 89789-200
www.diw.de

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Sabine Fiedler
Sebastian Kollmann
T +49 30 89789-249, -252 oder -250

Vorstand

Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D. (*Präsident*)
Dr. Cornelius Richter, LL.M.
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Kuratorium

Prof. Dr. Dr. h.c. Bert Rürup (*Vorsitzender*)

kommenden beiden Jahren. Auch in den USA ist der private Konsum der Wachstumstreiber; nicht zuletzt deshalb, weil die Arbeitslosenquote innerhalb eines Jahres um mehr als einen Prozentpunkt auf zuletzt knapp sechs Prozent zurückgegangen ist. In Japan ist die Wirtschaft hingegen zuletzt in die Rezession gerutscht und wird 2015 und 2016 wohl nur wenig zulegen. Die Entwicklung in China dürfte in den kommenden beiden Jahren etwas an Schwung verlieren und die Wirtschaft um gut sieben Prozent wachsen.

Dynamik im Euroraum nach wie vor moderat

Im Euroraum kommt die Konjunktur nach wie vor nur schwerlich von der Stelle; im dritten Quartal des laufenden Jahres gab es beim realen Bruttoinlandsprodukt ein Plus von lediglich 0,2 Prozent. Die Nachfrage nach Investitionsgütern ist noch immer schwach, wohl auch aufgrund der geopolitischen Risiken etwa wegen der Krise um Russland und die Ukraine. Die Entwicklung innerhalb des Euroraums ist weiterhin äußerst heterogen: In Frankreich und Italien dürfte die Investitionstätigkeit vorerst schwach bleiben und auch vom Außenhandel sind keine Impulse zu erwarten. Außerdem ist die Beschäftigung in diesen Ländern rückläufig; dies dämpft den Konsum. Die spanischen und niederländischen Auftragsbücher zeigen hingegen ein deutliches Plus, zudem dürfte die Talsohle am Arbeitsmarkt durchschritten sein. Unter dem Strich dürfte die Wirtschaft im Euroraum in diesem Jahr moderat um 0,8 Prozent wachsen, während für die kommenden beiden Jahre Raten von 0,9 und 1,4 Prozent zu erwarten sind. Die Inflation dürfte, auch wegen der zuletzt deutlich gesunkenen Ölpreise, mit knapp einem halben Prozent im laufenden und kommenden Jahr und knapp einem Prozent im Jahr 2016 äußerst niedrig bleiben.

Deutsche Konjunktur belebt sich

Die deutsche Wirtschaft hat wieder einen Aufwärtstakt eingeschlagen. Nach einem schwachen Sommerhalbjahr dürften der robuste Arbeitsmarkt und kräftig steigende Exporte, die nach vier Prozent in diesem Jahr um jeweils mehr als fünf Prozent in den beiden nächsten Jahren zunehmen werden, für einen insgesamt stabilen Aufschwung sorgen. Der Beschäftigungsaufbau wird durch die Einführung des Mindestlohns in der ersten Hälfte des Jahres 2015 wohl nur zeitweilig unterbrochen. Vorübergehend könnte die Arbeitslosigkeit steigen. Alles in allem sinkt die Zahl der Arbeitslosen über die kommenden zwei Jahre aber voraussichtlich etwas, auf 2,8 Millionen Personen im Durchschnitt des Jahres 2016. Die Inflationsrate geht zunächst weiter zurück; sie dürfte in diesem Jahr bei 0,9 Prozent liegen und im kommenden Jahr bei 0,7 Prozent. Im Jahr 2016 wird sie dann wohl wieder bei 1,4 Prozent liegen.

Auch die Ausrüstungsinvestitionen werden sich wohl allmählich erholen. Aufgrund der fragilen Lage im Euroraum und der mit den geopolitischen Krisen verbundenen Risiken dürften die Unternehmen im Jahresverlauf Investitionen in großem Umfang zurückgestellt haben. Mittlerweile hat sich die Stimmung jedoch verbessert; darauf weisen zumindest die zuletzt wieder steigenden Auftragseingänge und Umsätze bei Investitionsgütern hin. Letztlich dürfte auch die dynamische Entwicklung der Exporte dafür sorgen, dass die Unternehmen wieder mehr in ihre Produktionsanlagen investieren. Allerdings wird der Anteil der Ausrüstungsinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt im Prognosezeitraum wohl weiter unter der Quote von 2008 verharren. Der Leistungsbilanzüberschuss steigt deutlich, von knapp sieben Prozent im Jahr 2013 auf acht Prozent in den beiden kommenden Jahren.

Öffentliche Haushalte im Plus, aber nicht dauerhaft gut aufgestellt

Die öffentlichen Haushalte dürften dieses und auch die kommenden beiden Jahren jeweils mit schwarzen Zahlen abschließen. Im laufenden Jahr wird der Finanzierungsüberschuss bei voraussichtlich 0,5 Prozent in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt liegen. Im Zuge einer vorübergehend gedämpften Einnahmeentwicklung und deutlich stärker steigender Ausgaben – vor allem aufgrund der Leistungsausweitungen bei der Rente – sinkt der Überschuss des öffentlichen Gesamthaushalts im kommenden Jahr auf 0,1 Prozent, bevor er im Jahr darauf wieder steigt und bei dann 0,4 Prozent liegt. Die gesamtstaatliche Schuldenstandsquote wird bis Ende des Jahres 2016 weiter sinken, auf 66,3 Prozent. Gut aufgestellt sind die öffentlichen Haushalte nach Ansicht des DIW Berlin gleichwohl nicht und mit den jüngsten Entscheidungen wurden haushaltspolitische Spielräume verschenkt.

KURZ GESAGT

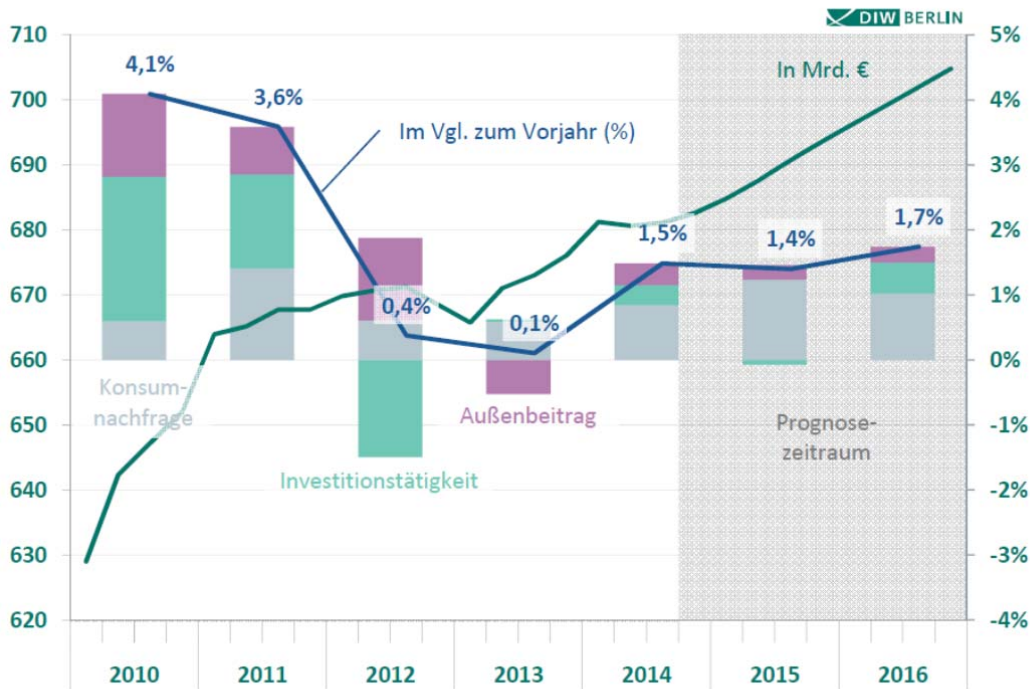
Marcel Fratzscher (Präsident des DIW Berlin): „Die konjunkturelle Lage in Deutschland hellt sich nach einem äußerst schwachen Sommerhalbjahr wieder auf. Allerdings ist Vorsicht geboten, denn die Risiken sind enorm: Vor allem die Wirtschaft im Euroraum ist nach wie vor fragil und ein Rückfall in die Rezession nicht gänzlich auszuschließen. Davon wäre Deutschland als Exportnation betroffen. Umso wichtiger wäre es, das potentielle Wirtschaftswachstum im Inland zu stärken. Doch die Investitionsschwäche hierzulande ist noch lange nicht behoben. Die Ankündigung von Finanzminister Schäuble, bis 2018 mehr zu investieren, ist ein Schritt in die richtige Richtung, letztlich aber nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein.“

Ferdinand Fichtner (Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik): „Die deutsche Wirtschaft profitiert vom sich verbessernden weltwirtschaftlichen Umfeld. Insbesondere die Wirtschaftsleistung in den USA wächst kräftig, aber auch im Vereinigten Königreich ist die Entwicklung positiv. Die Schwellenländer, insbesondere China, verlieren zwar etwas an Schwung. Der größte Hemmschuh für die deutsche Konjunktur ist und bleibt aber der Euroraum, der nach wie vor kaum von der Stelle kommt. Die großen Strukturprobleme sind in vielen Ländern nach wie vor nicht gelöst und das Wachstum ist dementsprechend schwach.“

Simon Junker (Deutschlandexperte): „Die Schwächephase der deutschen Wirtschaft vom Sommer ist überwunden. Die Exporte entwickeln sich robust. Zudem steigt der private Konsum kräftig. Dazu trägt unter anderem der anhaltende Beschäftigungsaufbau bei, selbst wenn dieser durch die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns Anfang des kommenden Jahres möglicherweise unterbrochen wird. Hinzu kommen spürbare Lohnzuwächse und die geringen Preissteigerungsraten, die vom Einbruch des Ölpreises noch zusätzlich gedrückt werden.“

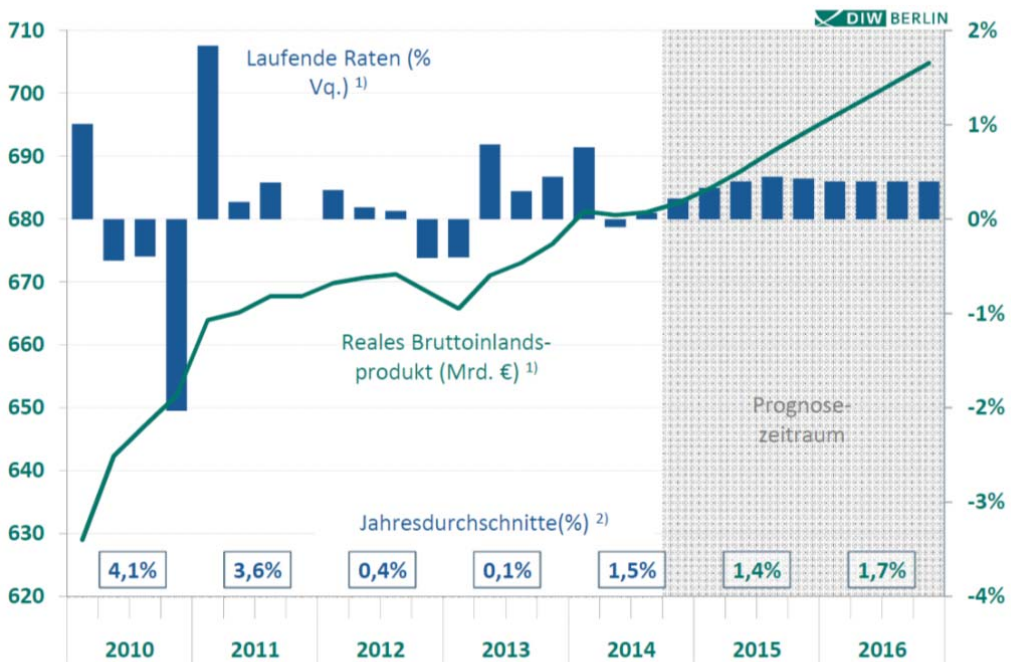
Kristina van Deuverden (Finanzexpertin): „Die öffentlichen Haushalte schließen mit Überschüssen ab und die Schuldenstandsquote sinkt; verglichen mit anderen Ländern scheint die Lage in Deutschland geradezu rosig. Doch ganz so positiv ist das Bild dann nicht: Zum einen profitiert die Finanzpolitik von Sonderfaktoren wie den niedrigen Zinsen auf die Staatsschuld. Zum anderen macht sie zurzeit längst nicht alles richtig. Sie hat finanzielle Spielräume zu großen Teilen für Leistungsausweitungen verschenkt und nutzt die noch verbleibenden Spielräume nicht aus. Eine Politik, deren prioritäres Ziel die Stärkung der Wachstumskräfte ist, sieht anders aus.“

Prognose des DIW Berlin: Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland



Quelle: DIW Wintergrundlinien 2014.

Prognose des DIW Berlin: Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland



Quelle: DIW Wintergrundlinien 2014.

¹⁾ Saisonbereinigte Werte

²⁾ Ursprungswerte